

**Thomas Urban, Die Irrtümer des Kremls. Warum wir den Krieg im Osten Europas stoppen müssen. München: Süddeutsche Zeitung GmbH, 2015.**

„Was geht uns der Krieg in der Ostukraine an?“ So lautet die Eingangsfrage von Thomas Urbans Streitschrift „Die Irrtümer des Kremls – Warum wir den Krieg im Osten Europas stoppen müssen“. Wer nun auf eine umfassende Beantwortung genau dieser Eingangsfrage – jenseits offensichtlicher humanitärer Argumente – gehofft hatte, wird nach der Lektüre der circa 60 Seiten schmalen Schrift enttäuscht sein. Es zeigt sich vielmehr, dass der immer dichter werdende deutsche Publizistikschungel zum Thema „Russland, Ukraine, NATO“ von einem grundsätzlichen Schwarz-Weiß-Denken durchdrungen ist. Ausgewogene und durchgängig kritische Analysen sind Mangelware. Das hatte bereits Gabriele Krone-Schmalz' jüngste Verteidigung Putin'scher Außen- und Sicherheitspolitik (siehe S+F 3/2015) unterstrichen und daran ändert leider auch Thomas Urbans Streitschrift nichts.

In gewisser Weise fungiert Urbans Pamphlet als Gegenstück zu Krone-Schmalz' Werk. Hier die „Russlandversteherin“, bei der Verstehen zu oft in unkritisches Verständnis umschlägt, dort der sich ebenfalls als „Russlandverstehender“ gerierende Urban, für den durchaus berechtigte Kritik nur einen Adressaten kennt: Putin. Beiden Autoren ist gemeinsam, dass sie Journalisten sind, die Sowjetunion, Russland und den postsowjetischen Raum aus langjähriger Vor-Ort-Erfahrung kennen und eine tiefe emotionale Nähe zur Thematik aufweisen. So gesehen lohnt es sich durchaus, die beiden Schriften direkt nacheinander zu lesen. Es ergibt sich dann ein komplementäres Bild der beiden vorherrschenden Pole gegenseitiger Schuldzuweisungen.

Dabei gilt es zunächst positiv hervorzuheben, dass Urban vieles beim Namen nennt, was häufig dem politisch-linguistischen Weichzeichner zum Opfer fällt. „Krieg“ ist ein solches Wort. Während andere noch immer heuchlerisch von einer „Krise in der Ukraine“ fabulieren, scheut Urban nicht davor zurück, offen vom „Krieg“ zu sprechen. Angesichts von nunmehr über 6.000 Todesopfern und Hunderttausenden Vertriebenen ist diese

Sichtweise auch geboten. Und auch den offensichtlichen Feldherrn dieses schmutzigen Kriegs – Wladimir Putin – identifiziert Urban sehr früh.

Ausgehend von diesen beiden Basiswahrheiten beschreibt der Autor in den ersten beiden Dritteln seiner Streitschrift schlaglichtartig die historische Entwicklung der Ukraine und der Krim seit dem Hochmittelalter. Immer wieder durchbrochen wird die historiografisch äußerst sprunghafte Darstellung von Elementen des gegenwärtigen Konflikts. Stilistisch ist diese Vorgehensweise durchaus interessant, da Urbans Erzählstil, einem Gedankenstrom gleich, den Leser dicht an sich heranzieht. Dies ist durchaus Kalkül. Während einerseits das Bild eines getriebenen Geistes erscheint, der sich die Wut und die Frustration von der Seele schreiben muss, kann andererseits der Leser bald nur noch schwerlich zwischen den Verbrechen der Vergangenheit, verübt von der Wehrmacht und der NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten), und denen der Jetztzeit unterscheiden. Es entsteht das diffuse Bild eines über Jahrzehnte geschundenen ukrainischen Volkes.

Dennoch zeigt sich Urbans Text in diesem Teil von seiner besten Seite. Die wichtigsten historischen Ursachen der Zerrissenheit der Ukraine werden belesen illustriert; die Lügen der Kremlpropaganda argumentativ entwertet. Wer bisher noch an ein wirklich freies und den Mehrheitswillen widerspiegelndes Referendum auf der Krim geglaubt hat, den belehrt Urban eines Besseren. Als Kern des gegenwärtigen Konflikts identifiziert Urban die in der Sowjetzeit und im 2. Weltkrieg entstandenen Gräben zwischen den pro-sowjetischen Bewohnern der Ostukraine und den Westukrainern, die Rotarmisten und sowjetische Partisanen mit Unfreiheit und Tod gleichsetzten (S. 32).

Doch gerade dann, als es um die weiteren Folgen und möglichen Ursachen des heutigen Kriegs – also Russlands krudes Sicherheitsverständnis, geopolitische Faktoren und die Rolle der NATO – geht, entpuppt sich Urbans Streitschrift leider als sicherheitspolitisches Leichtgewicht. Vor allem das Kapitel zur möglichen Rolle der NATO in dem heraufziehenden Konflikt grenzt fast schon an Geschichtsklitterung. So behauptet Urban, dass der Auslöser der Beitrittsambitionen ehemaliger

Warschauer-Pakt-Staaten zur NATO im ersten Tschetschenienkrieg von 1994/95 zu suchen ist. Dass beispielsweise polnische Politiker im Zusammenspiel mit der polnischen Lobbygruppe des Polish American Congress bereits 1991 massiv für den Beitritt in Washington warben, bleibt unerwähnt.

Das durchaus bedeutsame Budapester Memorandum von 1994 wird bei Urban zu einer Art Gründungsakte der neuen europäischen Sicherheitsordnung – vom Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), der beide Blöcke massiv abrüstete, oder von der Pariser Charta der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welche die normativen Grundlagen der neuen europäischen Sicherheitsordnung beschrieb (beide 1990 abgeschlossen) hat der Autor scheinbar nichts gehört.

Der NATO-Russland-Rat von 1997 gab Moskau, laut Urban, „Einblick in Strukturen und Planungen des westlichen Bündnisses“. Dass Moskau einen rechtsverbindlichen Vertrag mit gleichen Rechten für sich angestrebt hatte und im Gegenzug ein lediglich politisch verbindliches Dokument bekam und darüber hinaus bei verteidigungsrelevanten Fragen stets den Raum verlassen musste, bleibt unerwähnt.

Die von Washington vorangetriebene Nicht-Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags in 2002, die einseitige amerikanische Aufkündigung des stabilisierenden Anti-Ballistic-Missile-Vertrags zur Begrenzung strategischer Raketenabwehrsysteme im selben Jahr, das Desinteresse Washingtons unter George W. Bush an der politisch-militärischen Dimension der OSZE, der von Washington ebenfalls 2002 vorgelegte inhaltslehre Vertrag über die Begrenzung strategischer Nuklearwaffen (SORT) – sie alle finden bei Urban keine Erwähnung. Stattdessen lobt er die von Washington, Brüssel und Berlin vorangetriebene „vielfältige Zusammenarbeit“, die „den nun gern erhobenen Vorwurf, Putin sei arrogant isoliert worden“ widerlegt (S. 50).

Und genau hier liegt das Kernproblem seiner Analyse. Der Autor verwechselt Wladimir Putin und seine Politik seit der Mitte der 2000er Jahre mit den generellen und seit Längerem gewachsenen und bekannten Sicherheitsperzeptionen

Russlands. Am deutlichsten wird das, wenn Urban behauptet, dass erst mit der zweiten Runde der NATO-Osterweiterung (2004) die Öffnung der NATO nach Osten in Russland als Einkreisung wahrgenommen worden sei. Das ist schlichtweg falsch! Wer sich einmal die Mühe macht, die russischen Statements bei der OSZE seit spätestens 1996 durcharbeiten, wird auf vielfältige Passagen deutlicher russischer Ablehnung stoßen. Noch während der Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte war es Boris Jelzin, der die Osterweiterung als „schwerwiegenden Fehler“ kritisierte. Jelzins Problem war nur, dass er auf die Kredite der Weltbank angewiesen war und Russland der muskulösen Politik Washingtons schlichtweg nichts entgegenzusetzen konnte.

Spätestens wenn Urban zur jetzigen Rolle Deutschlands und damit endlich (auf den letzten vier Seiten!) zu einem der scheinbaren Kernanliegen seines Textes kommt, wird klar, welch sicherheitspolitisches Verständnis der Autor teilt. Laut Urban „zeigen die Erfahrungen der Ostpolitik der siebziger Jahre, dass allein gute Worte auf der einen Seite bei der anderen Seite nichts bewirken, sondern als Schwäche ausgelegt werden. [Vielmehr war es] die Ostpolitik des US-Präsidenten Ronald Reagan [...], die dem Sowjetimperium den entscheidenden Stoß versetzt hat“ (S. 56).

Urbans Streitschrift ist somit zutiefst polemisch – und das ist zunächst auch gut so, denn eine Streitschrift darf polemisch sein und sollte zum konstruktiven Streit einladen. Schwierig wird es jedoch, wenn der Autor einer solchen Schrift bekannte Tatsachen ignoriert oder verdreht, um einseitige Schuldzuweisung scheinbar argumentativ stringent und konzis zu untermauern.

„Wer dem Westen die ‚arrogante Isolierung‘ Putins vorwirft, liest offenbar keine Zeitung und schaut kein Fernsehen“, schreibt Thomas Urban (S. 53). Wahrscheinlich ist genau das des Pudels Kern. Statt Informationen nur aus Zeitung und TV zu beziehen, hätte es den „Irrtümern des Kremls“ gut zu Gesicht gestanden wenn der Autor sich etwas tiefer in die vorhandene sicherheitspolitische Literatur zum Thema eingearbeitet hätte.

Ulrich Kühn

**Uwe Hartmann, Hybrider Krieg als neue Bedrohung von Freiheit und Frieden. Zur Relevanz der Inneren Führung in Politik, Gesellschaft und Streitkräften. Berlin (Miles-Verlag) 2015.**

Wir leben seit 70 Jahren in einer Gesellschaft, für die Freiheit und Frieden zunehmend unhinterfragte Werte sind und damit auch das reale Leben bestimmen. Dafür können wir nur dankbar sein. Zum Ende des Kalten Krieges vor 25 Jahren war dann auch der errungene Frieden von Teilen der Gesellschaft fast euphorisch begrüßt worden, bis bald schon deutlich wurde, dass um uns herum, direkt vor unserer Haustür Kriege in unvorstellbarer Brutalität tobten. Es waren Kriege, die mit dem gewohnten Bild vom großen atomaren Krieg nichts zu tun hatten. Sie waren „unfassbar“, bis endlich der Begriff der „neuen Kriege“ geboren war, der Formen wie den Guerillakrieg, die „kleinen“ Kriege, des Partisanenkrieges, der terroristischen Kampfes u.Ä. aufnahmen. Und je weiter weg von Deutschland (möglichst am Hindukusch) sie toben mochten, desto beruhigender war es für die Freiheits- und Friedensinsel.

Hier nun setzt Hartmann mit seiner streitbaren Schrift und der im Titel und Untertitel versteckten Frage an, ob denn unsere Freiheit und unser Frieden angesichts eines inzwischen sich noch weiterentwickelnden Bildes zum hybriden Krieg nicht doch bedroht seien. Diese Frage verunsichert, ja erschreckt, und das nicht nur, weil unklar ist, was denn mit ‚Hybrider Krieg‘ als anscheinend derzeitiger kriegerischer Supergau gemeint sei, zumal dessen Verknüpfung mit Innerer Führung der Bundeswehr ein Widerspruch in sich selbst sei.

Hartmann hat sich inzwischen zu einem klar und scharf denkenden militärpolitischen Denker entwickelt. So erstaunt die Breite dieses Themas keineswegs. Sie stößt vielmehr ein Tor für die militärpolitische Diskussion vor allem auch im Hinblick auf das neu zu erwartende Weißbuch 2016 weiter auf, nämlich die seit 70 Jahren weitgehend vernachlässigte Frage nach dem Kriegsbild seit Hiroshima und dem kriegerischen Aufbruch der jungen Völker und Gesellschaften sowie nichtstaatlicher Organisationen mit ihren Werten und Ideologien in die einst so geordnete Staatenwelt. Dabei wird schnell

deutlich, dass weder die „neuen“ Kriege noch besonders hybride Kriege so neu sind, wohl aber aus dem militärisch-politischen Repertoire des Denkens und der Strategien in Vergessenheit geraten waren. Wenn Hartmann dann feststellt, dass auch die westlichen Anstrengungen in Afghanistan im Rahmen von vernetzter Sicherheit oder *comprehensive approach* in das gedankliche Feld hybrider Kriegführung gehören, wird zudem deutlich, wie normativ geladen dieser neue Begriff bereits ist. Es geht also nicht bloß um den IS oder das Vorgehen Russlands von der Krim bis Donezk.

Insofern ist die Versachlichung des Themas in ihrer gut verständlichen und klaren Darstellung ein großer Gewinn in der gerade anlaufenden Diskussion. Hartmann definiert den Hybriden Krieg über die „Konfrontation mit und Erhöhung von Komplexität“: „Diese doppelte Fähigkeit zur Komplexitätserhöhung für den Gegner sowie zur Komplexitätsreduzierung für die eigene Seite“ ist das eigentliche und vielleicht entscheidend Neue für das militärpolitische Denken. Damit stehe „der Mensch und seine Befähigung zum Umgang mit Komplexität [auf allen Ebenen der Führung] im Mittelpunkt; er ist ein Wettbewerbsfaktor erster Klasse“ (S. 44).

Es ist daher nicht verwunderlich, dass Hartmanns Antwort wie eine Deklination des Bildungskanons klingt und er damit die Verbindung zur Inneren Führung und deren „Strategischem Kern“ schlägt. Seit den Anfängen im Amt Blank war nämlich die Frage nach dem Kriegsbild neben der nach neuen Werten wie Freiheit und Frieden sowie Ethik eine der orientierungsgebenden Faktoren für die Entwicklung eines neuen Verständnisses vom Soldaten, dem Staatsbürger in Uniform. Der von Baudissin herausgearbeitete Begriff des „Permanenten Bürgerkrieges“ als strategischer Kern der Inneren Führung ist daher nicht als bloße Blaupause für den „Kalten Krieg 2.0“ zu betrachten, sondern als ein Erklärungsmodell dafür, wie die Verbreitung westlicher Werte und der Soft Power des Westens als asymmetrische Bedrohung verstanden und zugleich zur systematischen Verwundbarkeit westlicher Gesellschaften durch asymmetrische Antworten genutzt werden kann.

Hartmanns Antworten sind praktische Anregungen auf den vier Ebenen, der

Politik und Gesellschaft, der Streitkräfte-Organisation, der Taktik der Truppenführung sowie jedes einzelnen Soldaten bei seinem Handeln gegenüber einem hybrid agierenden Gegner. Dabei geht es ihm um die „unverzichtbare Schlagkraft des Soldaten in der kleinen Kampf-gemeinschaft“ im „Hexenkessel“ des politisch-ideologischen Kampfes, die nicht vom „Kämpfen-Können“ zu trennen ist. Ursprünglich hieß daher – und jetzt umso mehr –, dass der Staatsbürger in Uniform „Kämpfer, Staatsbürger und Mensch zugleich“ sei.

Prof. Dr. Claus von Rosen

**Veronika Bock; Johannes J. Frühbauer; Arnd Küppers; Cornelius Sturm (Hrsg.), Christliche Friedensethik vor der Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Studien zur Friedensethik Bd. 51, Münster (Aschendorff), 2015.**

Grundlage für diesen Aufsatzband aus der Reihe „Studien zur Friedensethik“ ist das Berliner Werkstattgespräch der Sozialethiker(innen), das vom 25.-27. Februar 2013 stattgefunden hat. Die Herausgeberin und Herausgeber stellen fest, dass in der christlichen Sozialethik die friedensethische Dimension gegenüber anderen ethischen Fragen „häufig unterbelichtet“ (S. 12) ist. Ziel des Werkstattgesprächs war die „Neubewertung und -justierung des Verhältnisses von Sozial- und Friedensethik“ (S. 12) aus katholischer Perspektive. Dabei zeigen die fächerübergreifende Autorenliste und das Potpourri an Themen, dass die Herausgeber die christliche Friedensethik, in der sie einen interdisziplinär-sozialethischen Dialog unterhalten, als „integrativ“ (S. 13) betrachten. Unterteilt ist dieser Aufsatzband in zwei Abschnitte. Zum einen werden Grundzüge christlicher Friedensethik beschrieben (S. 17-130) und zum anderen in den Konkretionen (S. 131-257) friedensethische Diskussionsthemen der Gegenwart behandelt.

Eberhard Schockenhoff betrachtet in seinem Aufsatz „Welchen Impuls kann Theologie der Friedensethik geben?“ (S. 47-69) den Paradigmenwechsel katholischer und evangelischer Friedensethik, die sich mit der Formel „Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden“ (S. 47) wiedergeben lässt. Dabei beobachtet er, dass die Frage der Gewaltanwendung zur

Friedensicherung nur noch eine marginale christlich-friedensethische Überlegung ist. Stattdessen wird unter dem Leitbegriff des gerechten Friedens, der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass mit der Verhinderung von Strukturen des ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Unrechts, ein gerechter Frieden entstehen kann. Deswegen ist der Ansatzpunkt der Appell an die Politik, die Gewaltursachen frühzeitig wahrzunehmen und zu bekämpfen, „bevor sie gewalttätig eskalieren und in offene Kampfhandlungen münden“ (S. 53). Folgt man dieser Theorie, dann ist „Krieg kein legitimes Mittel der Konfliktaustragung“ (S. 54). Jedoch schreibt Schockenhoff skeptisch: „Allerdings muss am Ende auch das neue Paradigma damit rechnen, dass es Formen des legitimen militärischen Gewalteinsatzes geben kann, wenn die Strategien der Friedensicherung und -erhaltung sowie der strukturellen Gewaltprävention versagen“ (S. 54). In einem geschichtlichen Abschnitt erläutert Schockenhoff treffend, wie die Lehre vom gerechten Frieden als Paradigma in die nationale und internationale Politik eingezogen ist und sich im Konzept der Responsibility to Protect wiederfindet. Für die Lehre vom gerechten Krieg wird postuliert, dass sie völkerrechtlich abgeschafft wurde (S. 64). Trotzdem, so führt der Autor aus, erlebt sie in der Gegenwart eine Renaissance. Schockenhoff beschreibt, dass sie in ihrem Ursprung nicht als Rechtfertigung und Blankovollmacht für einen Krieg entworfen wurde, sondern immer das erlittene Unrecht Grundlage ist (S. 66). In diesem Sinne bezieht sich die Lehre vom gerechten Krieg auf die gleichen Grundannahmen wie der gerechte Frieden, sodass er als Mittel zur Berichtigung einer „gestörten Ordnung“ (S. 67) eingesetzt werden kann. Dabei stellt Schockenhoff fest, dass es Aufgabe einer theologischen Ethik ist, im Rahmen der „Responsibility to Protect“ moralische Kriterien zu entwerfen kann, in der humanitäre Interventionen (Gewaltanwendung) möglich sind (S. 68). Diese Kriterien sind innerhalb des Konzepts des gerechten Krieges bereits bestimmt, fehlen jedoch bisher im Konzept des gerechten Friedens (S. 67). Daher spricht sich Schockenhoff für eine Modifizierung der Lehre vom gerechten Frieden aus, die die Lehre vom gerechten Krieg impliziert. In diesem Sinne macht Schockenhoff deutlich, dass der „Rück-

griff auf die *Bellum-iustum*-Theorie“ zwar sprachlich tabuisiert, inhaltlich jedoch eingebunden wird. In diesem Sinne ist die Offenheit, die er vertritt, im Rahmen einer aufgeklärten Wissenschaft wohlthuend und gibt der Theologie ein theoretisches Modell an die Hand, mit der sie im friedensethischen Diskurs mitwirken kann.

Andreas Hasenclever folgt in seinem Aufsatz, „Den Himmel trifft keine Schuld. Halbierte Religion als Eskalations- und Gewaltursache“ (S. 87-111) dem Anliegen, die These einer Kausalität zwischen Glauben und Gewalt in Zweifel zu ziehen (S. 88). Dabei stellt er provozierend die Fragen: „Kann es nicht sein, dass Glauben und Gewalt viel weniger miteinander zu tun haben, als viele meinen? Haben wir es streng genommen überhaupt mit Religion zu tun, wenn Krieg und Unterdrückung in ihrem Namen gerechtfertigt werden? Kann es nicht sein, dass Krieg und Unterdrückung rein säkulare Phänomene sind, denen zu Unrecht religiöse Differenzen unterstellt werden?“ (S. 88) Um diese These zu bestätigen, nimmt er den Religionsbegriff nach Riesebrodt, Schäfer und Pannenberg in Anspruch und unterscheidet Religion in ihrer Qualität (S. 90-93). Dabei muss Religion sich „daran bewähren, das zugesprochene Heil unter den Bedingungen der Zeit angemessen zur Geltung zu bringen“ (S. 91). Im Gegensatz dazu führt Hasenclever den Begriff der „halbierten Religionen“ für den Zusammenhang zwischen Religion und Gewalt ein (S. 93), da diese Art und Weise der Religion „den Transzendenzbezug verfehlen, ein säkulares Phänomen sind und sich in ihrer konfliktrelevanten Wirksamkeit von nicht-kollektiven Identitäten kaum unterscheiden“ (S. 93). Die Begründung die Hasenclever liefert, ist auf der einen Seite stringent, jedoch fehlt eine kurze Auseinandersetzung mit anderen Definitionen von Religion, wie z.B. ein phänomenologischer Ansatz, um seine Abgrenzung deutlicher zu unterstreichen. Aporien wie die Unterscheidung zwischen religiöser und nicht-religiöser Praxis in Religion, sind unter diesem Religionsverständnis schwer in das Wesen z.B. des Neuen Testaments (Röm 12,1-3) einzuordnen. In der Anwendung der These macht Hasenclever deutlich, dass gewaltfähige Gruppen eine kollektive Identität brauchen und Religion eine der Möglichkeiten ist, solch eine kollektive Identität zu liefern (S. 97). Dabei wertet

der Autor das, was insbesondere terroristische Gruppen unter Religion verstehen, ab, indem er ihnen eine säkulare Logik nachweist und erklärt, dass diese Form von Religion „im anspruchsvollen Sinne“ (S. 103) wenig mit Religion zu tun hat. Im Gegenteil hebt er das Friedenspotenzial als innewohnende Kraft der Religionen hervor (S. 103-108). Die Folgerung, dass „Religionen als Religionen strukturell unfähig sind, Gewalt zu rechtfertigen“ (S. 109) und die Übertragung der Kausalität zwischen Religion und Gewalt an eine „halbierte Religion“ kann wie eine apologetische Befreiungsbotschaft an die Religionen wirken. Wahre Religionen sind nicht für Gewalt verantwortlich. Demgegenüber lässt sich jedoch auch fragen, wie es sein kann, dass Religion im „anspruchsvollen Sinn“ und ihr Friedenspotenzial mit dieser Qualität oft passiv bleiben, sich instrumentalisieren lassen oder gar eine Konfliktpartei unterstützen (S. 107f.). Der Anspruch, dass „Form und Inhalt“ (S. 111) übereinstimmen sollten, scheint in „anspruchsvollen Religionen“ ein schwieriges Qualitätsmerkmal zu sein. Daher ist zu fragen, ob eine qualitative Religionsdefinition bezogen auf die historische Praxis eher Wunschdenken als Wirklichkeit ist und der Freispruch der Religion in Bezug auf Ursache von Eskalation und Gewalt lediglich eine Schuld- und Verantwortungsübertragung ist, in der Religionen sich die Hände reinwaschen wollen. Denn auch wenn Religion halbiert scheint, so bleibt sie als ein inhärentes kommunikatives Glied ihres Systems bestehen und wird als Religion wahrgenommen.

Der Beitrag von Cornelius Sturm „Mehr als nur humanitäre Intervention. Die *Responsibility to Protect* als Herausforderung für die christliche Sozialethik“ führt aus, dass die R2P-Konzeption, die zwischen Ethik, Politik und Recht diskutiert wird, eine „hervorragende Gelegenheit für die christliche Sozialethik bietet, ihre Perspektiven ins interdisziplinäre Gespräch einzubringen und weiterzuentwickeln“ (S. 155). Der Autor schildert die Genese und Veränderung der R2P-Konzeption und geht beispielhaft auf die Frage ein, „ob und inwieweit das Ziel des Menschenschutzes und die dazu erwogenen Mittel mit anderen friedensethisch relevanten Zielen internationaler Politik vereinbar sind“ (S. 170). Dabei stellt Sturm zum einen die Frage,

wo die Souveränität eines Staates seine Grenzen hat und welche Autorität die internationale Gemeinschaft besitzt (S. 170-172). Zum anderen problematisiert er die Spannung zwischen militärischer Intervention (Gewalt) und Friedenssicherung durch Recht (S. 172-175). Wie sieht das Verhältnis zwischen Legitimität und Legalität aus? Welche Kriterien und Kodifizierung müssen erfüllt werden, um Gewalt als rechtmäßiges Mittel einzusetzen? Und wie und wer wertet die Kriterien? Mit diesen beispielhaften Fragen macht Sturm deutlich, dass die schwierige Gemengelage zwischen Ethik, Politik und Recht eine interdisziplinäre und konzeptionelle Fortentwicklung benötigt, an der sich die christliche Sozialethik auf vielfältige Weise beteiligen kann (S. 175f.). Daneben nennt er auch weitere ethische Themen, auf die weiter eingegangen werden könnte, wie die Verwendung der Begriffe „Verantwortung“ und „Pflicht“ und die Bedeutung des „internationalen Gemeinwohls“ und die Rechte und Bedürfnisse des Menschen als Bezugspunkt der Schutzverantwortung (S. 176). Offen bleibt jedoch, welche Art von besonderem Beitrag eine christliche Sozialethik innerhalb friedensethischer Debatten leisten kann. Fragen stellen können auch andere Disziplinen. Wo ist die genuin christliche Perspektive, die den Diskurs mit einer besonderen Vorstellung, Aussicht, Hoffnung und Erwartung beleben kann.

Dieser Werkstattbericht gibt im ersten Teil einen sehr guten Überblick in Geschichte und Gegenwart katholischer Friedensethik und es gelingt, sie in die christliche Sozialethik neu einzubinden. Was etwas fehlt, ist die große Klammer zu den vielen Unterthemen, die in den Konkretionen dargestellt werden. Für sich hat jede ihren Wert, als Fragestellung ihre Berechtigung und im Rahmen einer Werkstatt ihren unvollendeten Werdeprozess. Die Beiträge machen die breite friedensethische Diskussion deutlich, jedoch fehlt als Bestandteil dieser Abschnitte ein Unterabschnitt, in dem auf das Anliegen dieses Bandes: die „Neubewertung und -justierung des Verhältnisses von Sozial- und Friedensethik“ (S. 12) Bezug genommen wird. Damit wäre der Rahmen dieses Bandes etwas besser gesteckt. Dennoch bleibt dieses Buch für Interessierte, Studierende und Doktoranden, die einen qualifizierten Einblick in die katholische Friedensethik

gewinnen wollen, eine gute, lesenswerte und herausfordernde Publikation.

Horst Sebastian

**Martin Goeke, Regulierungen des Parteiwechsels in Afrika. Eine vergleichende Untersuchung zum Institutional Engineering. Baden-Baden ( Nomos Verlag), 2015.**

Die steigende Zahl an Demokratien in Afrika südlich der Sahara, mit der Einführung von kompetitiven Wahlen und Parlamentarismus, führt gleichsam zu mehr Parteiwechseln von Parlamentarabgeordneten. Dieses „floor crossing“, „carpet crossing“ oder „transhumance politique“ (S. 28f.) und dessen Effekt auf Institutionen und Institutionalisierung stellt eine Forschungslücke dar, die Martin Goeke in seiner Dissertation schließt. Relevanz erhält das Thema im afrikanischen Kontext dadurch, dass Parteiwechsel gerade für junge Demokratien mit schwachen Institutionen als kritisch zu betrachten sind. Wenn die Verlierer einer Wahl in einem ausreichend großem Maßstab zu den Siegern überlaufen, so der Autor, werden Oppositionsparteien geschwächt, die Institutionalisierung des Systems erschwert, die Stabilität des Systems angegriffen, das allgemeine Vertrauen in Demokratie, Wahlen und Staat unterminiert und Korruption gefördert.

Goeke verortet, ausgehend vom wissenschaftlichen Diskurs, drei Möglichkeiten im Umgang mit Parteiwechseln von Parlamentsabgeordneten. Erstens kann Parteiwechsel erlaubt bzw. unreguliert sein. Zweitens kann ein generelles Verbot existieren. Schließlich besteht die Möglichkeit einer Reglementierung als Mittelweg. Eben dieser Mittelweg stellt das Forschungsinteresse Goekes dar, der als Frage anführt: „Stellen Regulierungen des Parteiwechsels ein geeignetes Instrument des ‚institutional engineering‘ dar, indem sie zur Stabilität und Institutionalisierung des Parteiensystems beitragen und dadurch einen Einfluss auf die Konsolidierungsaussichten der jungen afrikanischen Demokratien ausüben können?“ (S. 32). Der Autor ordnet sich theoretisch dem Neoinstitutionalismus zu.

Das Buch gliedert sich in 16 Kapitel, die sich thematisch in drei Abschnitte unterteilen lassen. Der *erste Teil* umfasst die Kapitel 2-6. Hier führt Goeke in die

grundlegenden Theorien, Begriffe und Konzepte ein. Das zweite Kapitel enthält eine Einführung in die Transformations- und Parteienforschung und führt beide zusammen, um hervorzuheben, wie zentral stark institutionalisierte Parteiensysteme für junge Demokratien sind. In Kapitel drei wird der Neoinstitutionalismus aufgegriffen und als grundlegender Theorierahmen eingeführt. Das vierte Kapitel wiederum behandelt den Begriff des Parteiwechsels aus Sicht der komparativen Parteienforschung, während das fünfte Kapitel das Für und Wider einer Regulierung des Parteiwechsels diskutiert. Im sechsten Kapitel werden der Transitionsprozess der 1990er Jahre und der Stand der Demokratien bis zum Jahr 2011 mit Bezug auf die Theorie der vorangestellten Kapitel empirisch untersucht.

Der *zweite Teil* umfasst die Kapitel 7-11 und beinhaltet eine systematische empirische Aufarbeitung der Befunde. Hierfür wählt der Autor einen Mixed Method Approach und greift auf Qualitative Comparative Analysis (QCA), Regressionsanalysen und Fallstudien im Sinne eines Area Approachs zurück. In Kapitel sieben untersucht Goeke den Einfluss von Regulierungen anhand der Länder Ghana, Malawi, Kenia, Sambia, Sierra Leone und Nigeria sowie den Effekt einer fehlenden Regulierung an den Beispielen Uganda, Somalia und Gambia. Im achten Kapitel untersucht er das Auftreten von Parteiwechseln mit quantitativen Methoden, um deren Frequenz und Richtung aufzeigen zu können. In Kapitel neun analysiert der Autor bestehende Regulierungen des Parteiwechsels anhand von Merkmalen ihres Inhalts, der angewendeten Mittel und der eigentlichen Durchsetzung. Im zehnten zeigt der Autor am Gegenstand der Regulierung mittels QCA Zusammenhänge und Interaktionen zwischen Ursachen für oder gegen die Einführung von Regulierungen auf. Im elften Kapitel untersucht Goeke Effekte und Effizienz von Regulierungen und stellt deren Relevanz als Instrument für die Institutionalisierung von Parteiensystemen und Staaten dar.

Die Kapitel 12-15 enthalten Fallanalysen von Botswana, Lesotho, Malawi und Südafrika. Dies sind vier Einzelfälle aus derselben Region, die Regulierungen eingeführt haben, jedoch unterschiedliche Entwicklungsprozesse aufweisen. Hiermit

komplettiert der Autor auf lesenswerte Weise seine vorangegangene QCA mit einer qualitativen Komponente.

Martin Goeke hat mit seinem Werk einen wichtigen Beitrag für die vergleichende Regierungslehre geleistet. So hat er nicht nur einen Überblick darüber geliefert, welche Staaten Afrikas in welchen Rahmen den Parteiwechsel regulieren, sondern auch die historischen und institutionellen Ursprünge hierfür aufgezeigt. Er führte erstmalig eine grundlegende und umfassende Analyse des Parteiwechsels in Subsahara-Afrika durch. Neben den Implikationen für den jeweiligen Staat hat die präzise Analyse auch Diffusionseffekte nachgewiesen und Kritik am Institutional-engineering-Ansatz gestärkt sowie dessen Nutzen gerade für hybride Regime nachgewiesen. Parteiwechsel, so der Autor, würden bestehende dominante Parteiensysteme stabilisieren. Er hat weiterhin aufgezeigt, dass Regulierungen des Parteiwechsels den in sie gesetzten, aus Demokratietheorien abgeleiteten, Erwartungen nicht gerecht werden können, sondern machtpolitische Kalküle von zentraler Relevanz sind. Dies ging vor allem aus den Fallstudien hervor, die etwa das Agieren des ANC in Südafrika und dessen Zuwachs und Erhalt an Parlamentsabgeordneten durch Verbot, Genehmigung und erneutem Verbot von Parteiwechseln gut dargestellt haben.

Goeke zeigt durch seine Arbeit weitere Forschungslücken auf, die Beachtung finden sollten. Er verlangt eine Anpassung des Institutionalisierungsbegriffs, der zwischen Stabilität und demokratietheoretischen Vorstellungen unterscheidet. Denn ein Resultat seiner Arbeit ist, dass dominante (Ein-) Parteiensysteme oft stabiler und stärker im Staat verankert sind als Mehrparteiensysteme. Das Gemessene entspricht daher oftmals nicht den demokratietheoretischen Erwartungen.

Aufgrund des Charakters einer Dissertation mit großem theoretischen und methodischen Anteil, richtet sich Martin Goekes Werk explizit an Spezialisten der vergleichenden Regierungslehre, Parteienforschung und verwandter Disziplinen. Seine genaue Methodik, saubere Analyse und gute Darstellung machen es zu einem empfehlenswerten Buch.

Marten Ennen

**James D. Morrow, *Order Within Anarchy: The Laws of War as an International Institution*, Cambridge (Cambridge University Press) 2014.**

‘Inter arma silent leges’, Cicero once famously declared, yet despite the pessimism expressed in that statement, the attempt to regulate organized violence between political entities has always been at the heart of international law, both before and after it received its first comprehensive articulation in Hugo Grotius’ magnum opus, aptly titled *De jure belli ac pacis* (1625). That the laws of war seek to regulate behavior in contexts in which the very lives of soldiers, civilians, and the continuing independent existence of states are at risk has made it a particularly precarious undertaking, as armed conflict often creates strong incentives, at least in the short-term, to defect from observing applicable rules when they appear to benefit the opponent or to weaken one’s own position. It is this tension between legal obligation and self-interest that James Morrow investigates in his 2014 book *Order within Anarchy* which crowns his long-standing research engagement with the laws of war.

Employing a game-theoretic approach, the book’s main argument is that the laws of war enable states to generate ‘common conjectures’ among the participants in armed conflicts that shape their strategic expectations as to how the other participant(s) will likely behave. In iterated games with a large number of possible equilibria, each reflecting different modalities of cooperation, it is the common conjecture that determines which equilibrium will be reached by specifying how players will cooperate and how violations will be dealt with (pp. 40, 46). In the absence of such a shared understanding, no stable cooperative arrangement is sustainable. With respect to the laws of war, states communicate their preference for conducting war according to certain rules through the ratification of the relevant Hague or Geneva conventions, so that in the case of joint ratification, a shared expectation of restraint results (p. 79). The enforcement of the laws of war is complicated by the fact that it involves three different types of strategic interaction: Between the warring states, between soldiers on

the battlefield, and between the military leadership and the rank and file, each with its own as well as interdependent dynamics and challenges, such as distinguishing more or less frequent violations by individual soldiers ('noise') from systematic state policy requiring retaliation, and different incentives to defect depending on the specific issue area (e.g. use of chemical weapons versus treatment of POWs).

Based on his model, Morrow derives seven hypotheses which he then sets out to test empirically using data on the observance of the laws of war taken from all interstate wars in the twentieth century up to the 1991 Gulf War. The hypotheses are first tested quantitatively using aggregate compliance figures for each war, with the compliance record of each state within a given dyad being the unit of analysis, before turning to detailed descriptions of specific issue areas (treatment of prisoners of war, aerial bombing, chemical weapons, treatment of civilians, and conduct on the high seas). Among the rich results that the empirical analysis yields is the general finding that the levels of compliance of states within a warring dyad are highly correlated (p. 119), reflecting the central role of reciprocity, with joint ratification of a relevant treaty making full compliance most likely, and ratification by only one state, or none, less so. Noticeably, retaliation in response to violations occurs mostly in kind and not across issue areas. Average compliance rates also differ across issue areas depending on whether violations can be committed by individual soldiers or require decisions higher up in the chain of command, with those areas subject to the former, such as the treatment of POWs and civilians, having the worst compliance records, especially when fundamentally different expectations as to the proper treatment of POWs clash and a 'common conjecture' is thus lacking, as in the case between the US and Japan in World War II, resulting in increased killing of enemy soldiers on both sides.

It is one of the book's strengths that it takes seriously the concern with norms and identities introduced into international relations by constructivism, and seeks to show how game theory can account for their role in its own models,

thus bridging the apparent gap between the main paradigmatic approaches to international relations. Morrow convincingly argues that the central role accorded to common conjectures makes game theory a truly social theory of human interaction in which 'what the actors think one another will do is as central to their own calculations as their preference over outcomes' (p. 20), with 'shared expectations ... shap[ing] how the players understand their interests and how they can advance those interests' (p. 20). Some readers may also appreciate the fact that with respect to both the game-theoretic model as well as to the statistical analysis, the logic and main findings are first laid out in plain language and illustrated graphically before the details of the model's mathematical development and the 'statistical gore' (p. 146) are presented in subsequent companion chapters.

The book also has a few shortcomings, however. A major one is the absence of any substantive discussion of the role of customary international law. Custom is only addressed in passing and quickly delegated to irrelevance ('customary international law unsupported by a treaty lacks both explicit rules and public acceptance of its principles,' p. 283). Now while it is true that custom tends to be less clear than treaty law, this statement reveals a misunderstanding of the (binding) nature of custom as a source of international law, and indeed many disputes in the past, including with respect to war and the use of force, have been decided on the basis of custom and in the absence of applicable treaty law. Now, it may indeed be that it is only the observable public act of treaty ratification, if not entirely costless, that sends an intelligible and sufficiently credible signal to other states that the ratifying state reliably intends to adhere to the rules there stipulated; the evidence adduced by Morrow on the effects of joint ratification suggests that there is something to that argument. At the same time, to the extent that the parallel existence of customary rules with often similar or identical content is common knowledge among states, why can it not also generate common conjectures as to expected behavior? At a minimum, we might surmise that at least some of the compliant behavior in country dyads where neither or only one party has ratified the relevant

treaties may be due to states recognizing their duties under custom. Relatedly, one wonders whether a signal sent through ratification retains the same strength until a treaty is formally denounced again (something which rarely happens). In other words, is ratification of one of the 1899 or 1907 Hague Conventions prior to World War I still the main signal that states at war look to in this millennium when forming expectations as to others' behavior? Also, why is public signaling through ratification, or non-ratification, of a given treaty important for instructing one's *own* army as to the preferred conduct in war (p. 80)? It seems that private signaling could perform that function equally well, if not better.

There are a number of inaccurate or questionable statements to be found in the text. The claim that 'states can wage war regardless of their justification', with regulation 'only limit[ing] how states and their soldiers fight' (p. 63) is legally not correct, with the contemporary regime of the *jus ad bellum* to be found in the UN Charter. As a result, it cannot be maintained, at least not without further qualification, that the *jus in bello* 'is applied more often and is accepted more widely than law regulating when war can occur' (p. 60-61), given that nearly all states are today members of the UN. (The extent to which they actually abide by that regime is another issue). In several places, the prose could have been more lucid and some figures (e.g., fig. 3.1) are not well explained. Last but not least, the noticeable number of apparent slips of the pen that survived the editing process—e.g., '*jus ad bello*' (p. 60), instead of '*jus in bello*'; the 'two Hague Conventions of 1899 and 1907' (p. 61), instead of 'Conferences'; the 'Boxer Rebellion of 1990', instead of 1900, among several others—is unusual for a Cambridge University Press book.

Despite these criticisms, however, Morrow's book remains a major achievement and an important contribution to the literature on compliance with international law and the conditions of its effectiveness in regulating actor behavior that will be required reading for all scholars conducting research in this area.

Andreas von Staden